

und Kollegen des Kabinetts und der CSU, dazu müssten Sie eine Rechtsgrundlage schaffen. Diese Rechtsgrundlage haben Sie nicht. Wenn Sie Windräder bis zum Herbst verhindern wollen, sage ich voraus: Unsere Landrätinnen und Landräte werden viel Spaß mit Ihnen haben. Wenn ein Antrag auf dem Tisch liegt, auf welcher Rechtsgrundlage sollen sie ihn ablehnen? Schaffen Sie die Rechtsgrundlage! Dafür sind wir hier! Wofür sind Sie denn gewählt?

Sie sagen: Für uns gilt der Kabinettsbeschluss. "König Horst" bestimmt, und der Rest des Kabinetts erträgt es. Wir haben hier so viele neu gewählte Juristen. Dass die so etwas mitmachen, ist für mich wirklich unglaublich.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der Bund hat das genauso gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Wenn der 03.02. gelten soll, sprich, der gestrige Kabinettsbeschluss, - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der 04.02.!))

- Der 04.02. Gestern haben Sie das beschlossen. – Windkraftanlagen und überhaupt Projekte der erneuerbaren Energien haben eine lange Vorlaufzeit. Eine Windkraftanlage hat einen Planungsvorlauf von ungefähr zwei Jahren. Sie sagen, der 04.02. sei für Sie maßgebend. Viele Frauen und Männer haben viel Geld in die Entwicklung dieser Anlagen investiert. Sie gehen einfach her und sagen: Was interessiert mich eine Rechtsgrundlage? Ich mache es so, wie es das Kabinett will. Sie müssen schon eine Rechtsgrundlage schaffen. Menschen, die eineinhalb oder zwei Jahre an Projekten gearbeitet und 500.000 Euro in die Vorplanung investiert haben, darf nicht einfach die Genehmigung entzogen werden. Damit würde eine Bananenrepublik eingeführt. Das ist unglaublich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Paul Wengert (SPD): Skandalös!)

In der letzten Woche haben Sie sich noch darüber gewundert, dass ich gesagt habe, das Wichtigste in der Energiewende sei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handelnden, das Vertrauen zu den Menschen, die Gesetze erlassen. Das Schlimmste von dem, was Sie machen, ist, dass Sie das Vertrauen aller, die dort investieren, gnadenlos verspielen. Ihr Ziel, dass Bayern an der Spitze der Energiewende stehen soll, wird deshalb nie erreicht.

Ich habe mich vorhin darüber gewundert, dass Dr. Marcel Huber als zuständiger Minister so spärlich geklatscht hat. Ich kann es aber verstehen. Vor einem Dreivierteljahr habe ich mit Ihnen diskutiert. Ich sagte,

wir sollten den Gemeinden die Möglichkeit geben, über Windkraftanlagen zu entscheiden. Sie haben gesagt, dies sei nicht möglich, dies würde nicht gehen. Zuerst haben Sie erzählt, dass Sie dies nicht könnten, ein Dreivierteljahr später können Sie es wieder. Das zeigen die letzten drei Jahre: Einmal kann man es, dann kann man es wieder nicht, dann kann man es wieder, und dann kann man es wieder nicht. So wird dieses Kabinett mit der Energiewende genauso weiterverfahren wie das letzte, und das ist katastrophal.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zur Schau getragene überschäumende Aschermittwochsstimmung innerhalb der CSU kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht wenige Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in diesen Tagen darüber in großer Sorge sind, dass die bayerische Regierung in zwei zentralen Zukunftsfragen für unser Land die falschen Weichenstellungen vornimmt. Die CSU-Regierung hat im Januar trotz aller Versprechungen im Wahlkampf angekündigt, Lehrerstellen zu streichen. Bildungsabbau statt Bildungsaufbau – eine fatale Fehlentscheidung!

(Beifall bei der SPD)

Bayern braucht als rohstoffarmes Land und angesichts des Fachkräftemangels nicht weniger Bildungsanstrengungen, sondern mehr Investitionen in die Bildung und damit mehr Lehrer und nicht weniger. In der Bildungspolitik herrscht das reinste Chaos.

Auch die energiepolitischen Zuckungen und Wendungen der vergangenen Tage, Wochen und Monate sind für die Regierungspolitik symptomatisch. Ein erkennbarer Kurs fehlt. Herr Seehofer erzählt hier und heute, dass er den energiepolitischen Kurs des neuen Energieministers Sigmar Gabriel ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Ich freue mich darüber. Diese Aussage ist auch das Eingeständnis des Versagens von Schwarz-Gelb im Bund in den Jahren 2009 bis 2013;

(Beifall bei der SPD)

denn in diesen Jahren ist nach Ihren Worten, Herr Seehofer, unter Ihrer Verantwortung offensichtlich gar nichts vorangegangen.

Ich halte es für gut und richtig, dass endlich ein Minister die energiepolitischen Zügel in die Hand nimmt und dafür Sorge trägt, dass die Strompreisentwick-

lung gedämpft wird und Industriearbeitsplätze bei uns in Bayern auf keinen Fall in Gefahr geraten. Dafür steht die Energiepolitik der SPD im Bund, dafür steht die Energiepolitik von Sigmar Gabriel. Ausdrücklich ist zu begrüßen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, diese Politik in gleichem Maße unterstützen.

Dennoch müssen wir Ihnen sagen: Energiepolitik findet nicht nur im Bund statt, sondern sie ist auch eine zentrale landespolitische Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass nicht nur der Energieminister im Bund innerhalb kürzester Zeit agiert. Wir hätten uns auch gewünscht, dass Ihre Regierung energiepolitisch endlich in die Pötte kommt. Die Staatsregierung ist seit über 100 Tagen im Amt. Die meisten Kabinettsmitglieder gehören ihr bereits seit Jahren an. Selten hat aber eine bayerische Staatsregierung in so kurzer Zeit so viel Chaos, Konfusion und Unordnung angerichtet wie dieser Ministerpräsident und sein Kabinett. Diese Regierung ist die Organisation des Durcheinanders.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in großer Sorge, dass die Regierung zwar die Notwendigkeit einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung in Bayern propagiert, dass sie aber nichts, auch gar nichts dafür tut. Der Zickzackkurs der CSU verunsichert den Mittelstand – Kollege Glauber hat darauf hingewiesen – und die Industrie gleichermaßen. Die Industrie- und Handelskammern in Bayern schlagen Alarm; denn sie wissen, dass der künftige Wohlstand in unserem Land von einer zuverlässigen Energieversorgung abhängig ist. Investoren in Bayern wissen nicht mehr, ob es sich lohnt, auf die bayerische Energiewende zu setzen. Viele Investoren haben in Bayern mittlerweile Geld verloren, weil der Ministerpräsident im Alleingang die den Planungen zugrunde liegenden Investitionsbedingungen und Planungsgrundlagen verändert hat. Firmen wandern aus Bayern in andere Bundesländer ab, wie die Tageszeitungen heute berichten.

Der Zickzackkurs der CSU frustriert auch die Akteure in den Kommunen. Sie haben sich 2011 nach der Aufforderung durch Herrn Seehofer selbst auf den Weg gemacht, die Energiewende zu managen. Sie haben in unzähligen Ratssitzungen unter stetiger Bürgerbeteiligung die Zukunft der regenerativen Energieversorgung in ihrer Region beraten und Maßnahmenpakete geschnürt. Sie haben viel Geld für Expertisen, Gutachten und Studien jedweder energiepolitischer Art ausgegeben. All diese Arbeit, all diese konkreten Planungen vor Ort werden nun durch den permanenten

Kurswechsel der CSU und ihres Ministerpräsidenten zunichte gemacht. Wir wissen doch, dass der nächste Atommeiler 2015 abgeschaltet wird. Doch diese Regierung steigt de facto aus der Energiewende aus. Sie erweist sich als handlungsunfähig und konzeptionslos. Sie handelt nach dem Prinzip: Warum eigentlich Windräder, und wozu Stromleitungen, wenn der Strom doch aus der Steckdose kommt? Eine solche ignorante Verweigerungshaltung ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern brauchen wir konkrete Maßnahmen zum weiteren Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Wir haben hier im Haus sogar eine gemeinsame Richtung eingeschlagen. Punktuell haben wir vielleicht sogar gemeinsame Wege gefunden. Das Energiekonzept 2011 der Bayerischen Staatsregierung – dabei wurde an der einen oder anderen Stelle deutlich von der Opposition abgekupfert – wurde in vielen Teilen von der CSU unterstützt. Das war damals am wenigsten selbstverständlich. Es war damals schwierig genug. Das Energiekonzept wurde von der SPD, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP unterstützt. Es wurde auch von großen Teilen der außerparlamentarischen Opposition unterstützt. Das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung wurde von der bayerischen Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Naturschutzverbänden unterstützt. Wir, die SPD, wollen, dass dieses Konzept dem Grunde nach weiter realisiert und vorangetrieben wird.

Wir halten die neue 10-H-Regelung für einen Irrweg, denn sie macht der Windenergie in Bayern den Gar aus. Wir halten daran fest, dass die dezentrale Energieversorgung gerade auch in den ländlichen Regionen Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft und sichert. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Wertschöpfung vor Ort und eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den dezentralen und den zentralen Komponenten der Energieversorgung erfolgt, um den Energieversorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten gerecht zu werden.

Wann hat es jemals in Bayern bei einer solchen Jahrhundertaufgabe einen so großen Konsens aller im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien und großer gesellschaftlicher Kräfte in unserem Land gegeben? Wir hatten die zu erledigenden Hausaufgaben der Bayerischen Staatsregierung hier im Hohen Haus fast schon fraktionsübergreifend definiert. Der Dreiklang von Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sollte die Grundlage der Energiewende bilden. Sie, die Bayerische Staatsregierung, hat die Energieeinsparungsprogramme Bayerns gekürzt statt ausgebaut.

Die CSU weigerte sich bei der Energiewende, klare Leitlinien zur Lösung von Raumkonflikten im Landesentwicklungsprogramm zu definieren. Ein Pumpspeicherkataster war vom Bayerischen Landtag einstimmig beschlossen worden. Es sollte 2011 oder 2012 vorgestellt werden. 2013 war das immer noch nicht der Fall. Wir warten heute noch darauf. Genauso lässt ein bayerischer Wasserkrafterlass heute noch auf sich warten. Eine Gebietskulisse Wasserkraft wollte die Staatsregierung 2012 vorstellen. Sie wurde uns bis heute noch nicht vorgestellt. Herr Seehofer sprach davon, dass eine Stromverteilstudie im Bayerischen Landtag im Jahr 2012 vorgestellt werden soll. Wir haben jetzt 2014 und warten immer noch darauf. Beim Biogas gibt es auch immer noch nicht den versprochenen Bayernplan der Staatsregierung.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Alles halbe Sachen!)

Meine Damen und Herren, alles das haben die in der letzten Legislaturperiode im Landtag vertretenen fünf Fraktionen einhellig bei der Bayerischen Staatsregierung eingefordert. Die Studien und Maßnahmenpakete sollten 2011, 2012, spätestens aber 2013 vorgelegt werden. Doch hier besteht Fehlangelegenheit. Die Staatsregierung hat ihre landespolitischen Hausaufgaben nicht gemacht, ja, sie hat sogar den breiten Konsens in der Gesellschaft Bayerns zur Energiewende aufgekündigt.

Herr Seehofer hat sich zunächst vom fanatischen Atomkraftanhänger zum Windkraftfanatiker entwickelt. Heute ist er Bayerns oberster Windkraftgegner. Er war ursprünglich der größte Anhänger des beschleunigten Netzausbaus und hat dies überall propagiert, wo er es konnte. Heute sagt er, er sei erbitterter Widerständler.

(Unruhe bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Der Herr Ministerpräsident ist wieder da, bitte keine Aufregung! Er darf doch auch einmal kurz hinausgehen.

(Natascha Kohnen (SPD): Er war gerade draußen!)

Er ist da, Frau Kollegin!

Markus Rinderspacher (SPD): Mit Blick auf den Netzausbau lässt sich feststellen: Die Energiewende hat die Notwendigkeit einer neuen Netzinfrastruktur bestätigt.

(Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigung, der Herr Ministerpräsident ist da.

Markus Rinderspacher (SPD): Ich fürchte, er hört so und so nicht zu, ob er drinnen oder draußen ist. In jedem Fall wird er das nicht verwirklichen, was seine Bayerische Staatsregierung versprochen hat. Ich hatte es gerade ausgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Energiewende hat die Notwendigkeit einer neuen Netzinfrastruktur stark beschleunigt. Es geht um die Herausforderung, Strom künftig über weite Strecken zu transportieren, ohne Überlastungen entstehen zu lassen. Die CSU hat die Planungshoheit des Freistaates mit Blick auf die Stromtrassen an den Bund abgegeben und dabei bayerische regionale Interessen hintangestellt, um den Trassenausbau zu beschleunigen.

Herr Seehofer hat in den letzten zwei bis drei Jahren immer wieder propagiert, die Planungsverfahren müssten von zehn Jahren auf vier Jahre gekürzt werden; deshalb ist nun auf Bundesebene die Bundesnetzagentur für die Bundesfachplanung und Planfeststellung länderübergreifender oder grenzüberschreitender Höchstspannungsleitungen zuständig. Die CSU hat diese Planungshoheit an den Bund abgegeben. Deshalb, Herr Ministerpräsident: Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen, wer Bayerns oberster Planungsbeschleuniger und Stromtrassenanhänger war und ist,

(Zuruf von der CSU: Herr Rinderspacher!)

nämlich der Ministerpräsident selbst. Der Ministerpräsident hat das initiiert. Er hat die Stromtrassen auf den Weg gebracht, und er ist für die neu zu bauenden Strommasten, wie sie im Moment diskutiert werden, verantwortlich. Das war die Politik der letzten drei Jahre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn er nun heute behauptet, er habe von den Stromtrassen nichts gewusst und seine Bayerische Staatsregierung sei nicht informiert worden, frage ich mich, warum auf der Internetseite www.bayern.de unter "Pressemitteilungen" nach fast jeder vierten Kabinettsitzung eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde, dass die CSU dringend diese Stromtrassen einfordert, und zwar in beschleunigten Planungsverfahren ohne weitere Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Es ist ein Offenbarungseid und seines Amtes nicht würdig, dass sich der Ministerpräsident vor den Kommunal- sowie den Europawahlen in die Büsche schlagen möchte. Er sollte die Verantwortung für das übernehmen, was er selbst auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsächlich hat die CSU alle Anträge und Initiativen der SPD bei den Stromtrassen, die Beeinträchtigungen der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten, abgelehnt und abgeschmettert. Es gab erst im vergangenen Jahr einen SPD-Antrag im Deutschen Bundestag, klare Regelungen für die Abstände von Leitungen und ihren Nebenanlagen zu Wohngebieten vorzusehen. Die CSU hat diesen Antrag gemeinsam mit CDU und FDP abgelehnt. Eine Abstandsflächenregelung zu Stromtrassen und Strommasten gibt es deshalb nicht, weil die CSU im Deutschen Bundestag dies verhindert hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wie passt es nun zusammen, dass bei Windkraftanlagen künftig ein Zwei-Kilometer-Radius gelten soll, bei Strommasten aber lediglich das Bundesimmissionsschutzgesetz Geltung hat und Strommasten gewissermaßen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Schulen und Kindergärten aufgestellt werden können? Das passt nicht zusammen. Ich finde, der Bayerische Ministerpräsident sollte der Bevölkerung einmal erklären, welche Folgen seine konkrete Politik für die Menschen vor Ort hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt: Wir waren im Deutschen Bundestag und auch im Bundesrat immer verwundert, dass die CSU Erdverkabelung stets abgelehnt hat. Die Erdverkabelung hatte die CSU in ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag ja auch nicht vorgesehen, sie wurde erst im Nachtragsverfahren noch in den heutigen CSU-Antrag eingebaut. Tatsächlich hatte die CSU Erdverkabelung nie für wirklich notwendig gehalten. Wir als SPD sagen: Wo immer es aus Gründen des Schutzes der Anwohner oder des Umwelt- und Landschaftsschutzes nötig ist, müssen Leitungen unterirdisch verlegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Heute sagt die CSU, die Staatsregierung müsse im Deutschen Bundesrat vorstellig werden und dafür Sorge tragen, dass Erdverkabelung möglich sein soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, darf ich Sie daran erinnern, dass das schon einmal im Bundesrat beantragt worden war, nämlich in der 910. Bundesratssitzung vom 7. Juni 2013? Der Freistaat Bayern war bei dieser Sitzung zugegen, und Herr Seehofer war nicht nur mittelbar, sondern unmittelbar vor Ort und an der Sitzung beteiligt. Die Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg hatten beantragt, dass die Teilerdverkabelung bei unvermeidbaren Siedlungsannäherungen möglich sein müsse. Eine entsprechende gesetzliche Regelung sollte angestrebt werden.

Wer hat dagegen gestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU? - Die Bayerische Staatsregierung und Ihr Ministerpräsident waren gegen die Möglichkeit von Erdverkabelung in der Sitzung des Deutschen Bundesrates, und heute haben Sie keine Scham, Ihre Regierung aufzufordern – in jenem Bundesrat, in dem Herr Seehofer noch vor einem halben Jahr ablehnend reagiert hat –, Erdverkabelung notwendig zu machen? Das treibt Ihnen nicht die Schamesröte ins Gesicht, liebe Kolleginnen und Kollegen?!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat mit dem Austauschstopp der erneuerbaren Energien den fatalsten Fehler seiner Amtszeit begangen. Er hätte die Chance gehabt, als Ministerpräsident der Energiewende Epoche zu machen. Er hat die Chance vertan. Er hatte noch in den Jahren 2011 und 2012 so viele Unterstützer. Ja, sogar die Opposition hatte sich bemüht gesehen, das Konzept der Staatsregierung zu unterstützen. Nein, eine abermalige Kehrtwende hat es ihm verwehrt, als Ministerpräsident der Energiewende in die Geschichte einzugehen.

Zum Abschluss: Der Ministerpräsident sah sich bereits drei Monate nach seiner Regierungserklärung zum Amtsantritt genötigt, heute selbst das Wort zu ergreifen, weil er offensichtlich auch seiner Superministerin nicht zutraute, die Konzeptionslosigkeit der Regierungspolitik überzeugend zu vernebeln.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seehofer befand sich vor seiner heutigen Plenarrede auf dem Zenit seiner Macht, und damit einhergehend, wie wir auch feststellen durften, auf dem Gipfel seiner Selbstherrlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Er hat heute mit einer verworrenen und widersprüchlichen Erklärung die Planlosigkeit seiner Regierung of-

fenbart und auch sein eigenes schleichendes politisches Ende eingeläutet;

(Zurufe von der CSU)

denn eines ist klar: Wenn man auf dem Gipfel ist, meine Damen und Herren, kommt danach der Abstieg, und der politische Abstieg von Herrn Seehofer – Sie werden daran mitwirken, Herr Pschierer, Sie an allererster Stelle, wie so viele in diesem Kreis – wird in den Jahren 2015/2016 zum Tragen kommen.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bedarf auch in den kommenden Wochen einer intensiven landespolitischen Auseinandersetzung; denn mit Handlungsunfähigkeit bei der Energiewende und Bildungsabbau an unseren Schulen riskiert die Staatsregierung künftige Wohlstandsverluste im Freistaat, und dagegen gehen wir in einer breiten Allianz der Vernünftigen an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Zugabe!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Kollege Hartmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ministerpräsident Horst Seehofer, ich weiß ja nicht, wie es zu werten ist, dass Sie ganz hinten Platz genommen haben. Man könnte durchaus denken, Sie haben nichts zu sagen – mir ging es bei Ihrer zwanzigminütigen Rede gerade so –, Sie haben gerade eine Rede gehalten, die Sie sich wirklich hätten sparen können. Sie haben eine Rede zur Energiepolitik gehalten. Das haben Sie vor zweieinhalb Jahren schon einmal getan. Von all dem, was Sie damals in diesem Hohen Hause gesagt haben, ist eigentlich so gut wie gar nichts mehr übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben uns damals erzählt, Sie wollen 1.500 Windkraftanlagen in Bayern bauen. Sie möchten Bayern energieautark machen. Bei Ihrem Ferienhaus im Altmühltal bekommen Sie es vielleicht noch hin; in Bayern werden Sie es so nicht schaffen. Sie wollten Pumpspeicherkraftwerke bauen, Stromnetze ausbauen, ja, und den Bayernplan haben Sie ganz groß angekündigt und wollten ihn vorlegen, aber dieser ist ebenfalls bis heute nicht da. Alles, was Sie damals gesagt haben, kann man sich schenken. Es wurde kaum etwas umgesetzt.

Ich frage mich schon: Vielleicht – Sie haben ja Ihre Modelleisenbahn im Keller – gibt es das alles in Ihrer Modellwelt. Vielleicht gibt es dort Windkraftanlagen, Pumpspeicherkraftwerke, neue Leitungen, was Sie alles bei Ihrer Modelleisenbahn in Bayern umgesetzt haben –, im richtigen Bayern gibt es das nicht. Sie brauchen sich überhaupt nicht wegzudrehen. Sie sind der Ministerpräsident dieses Landes und haben die Verantwortung dafür, dass die Energiewende in Bayern gelingt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind mit Ihrer Vorstellung von Politik, dass derjenige, der am lautesten oder am häufigsten schreit, Recht bekommt, vielleicht als Chefplaner Ihrer Modelleisenbahn erfolgreich. Aber die Gestaltung der Energiewende in diesem Land kann so nicht zum Erfolg führen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus der Regierungsfraktion. Sie alle sind sicherlich aktiv, sind immer wieder im Stimmkreis unterwegs, führen Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Energiegenossenschaften, die sich seit zwei Jahren in ganz Bayern gründen, mit neuen Stadtwerken, die daran arbeiten, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern, und mit jungen Unternehmen, die sich in ganz Bayern ansiedeln und an Lösungen, an Konzepten für die Energiewende arbeiten. Was erzählen Sie denen jetzt eigentlich? Was sagen Sie eigentlich diesen Menschen vor Ort? – Sie wissen doch ganz genau, dass sie daran geglaubt haben, dass die Ansage, wir möchten in Bayern eine Energiewende, wirklich verlässlich und planbar ist. Aber davon ist nichts umgesetzt worden. Niemand in diesem Land glaubt Ihnen mehr, dass Sie die Energiewende wirklich wollen.

Ich meine, dass die CSU-Fraktion da durchaus weiter ist als der Ministerpräsident. Das will ich ganz offen sagen. Allein die Energiekommission – sie war nicht nur von Erfolg gekrönt – hat deutlich gezeigt, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion durchaus ernste Gedanken darüber machen, wie man die Herausforderungen vor Ort dezentral und regional meistern kann. Aber das, was Ihr Ministerpräsident in den letzten Tagen abgeliefert hat – man kann auch die letzten 24 Stunden nehmen –, ist doch genau das Gegenteil von dem, was Sie die letzten zwei Jahre hier in diesem Hohen Haus vertreten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)